STADTVERTRETUNG DER LANDESHAUPTSTADT SCHWERIN
5. Wahlperiode

Schwerin, den 14.06.2012

ERSETZUNGSANTRAG

der Fraktionen von SPD - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN und CDU/FDP

zur Beschlussvorlage der Oberbürgermeisterin Drucksache 01155/2012

„Überschreiten der europarechtlich zulässigen Höchstarbeitszeit im Bereich Feuerwehrwesen"

Die Stadtvertretung möge beschließen:

Der Beschlussvorschlag der Oberbürgermeisterin wird wie folgt ersetzt:

„1. Die Stadtvertretung empfiehlt der Oberbürgermeisterin

a. sich mit den in der Dienststelle vertretenen Gewerkschaften und dem Personalrat über die Höhe eines den betroffenen Beschäftigten des Amtes für Brand-, Katastrophenschutz und Rettungsdienst anzubietenden pauschalen Ausgleichs für Zuvielarbeit, die zurückliegend für das Überschreiten der europarechtlich zulässigen Höchstarbeitszeit angefallen ist, zu verständigen und

b. zur Umsetzung des Ausgleichs mit dem Personalrat eine Dienstvereinbarung abzuschließen.

2. Die Stadtvertretung ist über die Umsetzung dieser Empfehlung zu unterrichten."

Begründung:

Bei der Vorberatung der Beschlussvorlage im Verwaltungsbeirat Personal und Organisation am 5.6.2012 wurde festgestellt, dass das Angebot der Oberbürgermeisterin ohne Anhörung der in der Berufsfeuerwehr vertretenen Gewerkschaften der Stadtvertretung vorgelegt worden ist.

Die hiesige verdi-Betriebsgruppe Feuerwehr hat gegenüber der Stadtvertretung am 01.06.2012 schriftlich dargelegt, dass sie die Berechnungsgrundlagen der Oberbürgermeisterin für die Höhe des Ausgleichs nicht teilt.

Ferner schlägt die ver.di-Betriebsgruppe Feuerwehr vor, die Modalitäten des Freizeitausgleichs in einer Dienstvereinbarung mit dem Personalrat zu regeln.

Daniel Meslien und Fraktion

Sebastian Ehlers und Fraktion